

Die Stunde der Hardliner ist da

Nach dem Bombenanschlag von Boston gerät die Reform des Einwanderungsrechts unter Druck. Strittig ist auch, vor welches Gericht der noch lebende mutmassliche Täter gestellt werden soll.

VON **FRANK HERRMANN**

WASHINGTON Drei Tage waren nach den Anschlägen von Boston vergangen, da meldete sich Chuck Grassley zu Wort, ein Senator aus Iowa, der nie einen Hohl gemacht hat aus seiner Skepsis gegenüber einer Lockerung des Einwanderungsrechts. Angesichts des Bombenterrors, mahnte der Republikaner, «ist es wichtig, dass wir die Lücken und Schlupflöcher unseres Systems verstehen». «Leute, die uns schaden wollen», dürften keinen Nutzen aus den Gesetzen ziehen, das gelte insbesondere für die angepeilte Reform. Seit Januar nämlich feilen Republikaner und Demokraten in einer gemeinsamen Aktion, wie sie in Washington Seltenheitswert hat, an Paragrafen, die das Einwanderungsrecht den Realitäten anpassen.

Eckwerte schon festgelegt

Zum einen sollen, erstmals seit einer Amnestie von 1986, illegal Zugewanderte – rund elf Millionen Menschen – die Grauzone zwischen Rechtlosigkeit und Geduldesein verlassen und nach mehrjähriger Wartezeit eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten. Zum anderen sollen hoch qualifizierte Ingenieure und Wissenschaftler nicht länger an bürokratischen Hürden straucheln und letztlich in China, Indien oder Europa tüfteln statt in den USA. Eine überparteiliche Gruppe von acht Senatoren hat sich bereits auf die Eckwerte der Reform verständigt. Eigentlich soll der Kongress nun darüber



Menschen trauern in Boston nahe dem Tatort in der Boylston Street.

Bild Key

beraten, sodass das Gesetz im Juni in Kraft treten kann. Immer vorausgesetzt, Hardliner wie Grassley bekommen nicht plötzlich Oberwasser.

Themen nicht verknüpfen

Einwanderung und Terror – Befürworter der Reform warnen davor, beides zu verknüpfen. Dschochar und Tamerlan Zarnajew, geben sie zu bedenken, lebten längst in Massachusetts, als ihre Radikalisierung begann. Keine noch so strenge Grenzkontrolle hätte das Attentat verhindern können.

Noch weiss man zu wenig über die Kontakte der beiden, um Schlüsse ziehen zu können. Philip Mudd, ein ehemaliger Antiterror Spezialist der CIA, glaubt nicht an islamistische Hintermänner. Das radikalisierende Element, so Mudd, sei wohl allein Tamerlan gewesen, der ältere Bruder, der den jüngeren überzeugte, mitzumachen. Ein Netzwerk könne er nicht erkennen. Der Buchautor Dave Cullen, der nach dem Blutbad an der Columbine High School 1999 die Verhaltensmuster der

Täter zu ergründen versuchte, sieht Parallelen zu jenem Massaker. Genau wie der grössenwahnsinnige Eric Harris den Überfall minutiös plante und Dylan Klebold als Komplizen benutzte, habe Tamerlan den labilen Dschochar vor seinen Karren gespannt. Ermittler des FBI, dem in diesem Fall auch Versagen vorgeworfen wird, warnen vor schnell gestrickten Thesen, mögen sie noch so logisch klingen. Und Anhänger der Reform des Einwanderungsrechts verweisen aufs Kleingedruckte: Nicht weniger als viermal sollen Zuwanderer, die ohne Papiere ins Land kamen, von den Behörden überprüft werden, ehe sie legalen Status geniessen.

Vor ein Militärtribunal?

Ähnlich kontrovers wird über die Art des Gerichts debattiert, vor das Dschochar, der seit gestern verhört wird, gestellt werden soll. Im ersten Reflex verlangten die Republikaner John McCain und Lindsey Graham, den 19-Jährigen als feindlichen Kombattanten vor einem Militärtribunal anzukla-

gen. Gleiches will Rudy Giuliani, während des 9/11-Schocks Bürgermeister New Yorks. «Diese jungen Männer sind in einen Krieg eingetreten, in einen Krieg gegen uns.» Deshalb müsse der Überlebende wie ein Terrorist behandelt werden, deshalb sei politische Korrektheit fehl am Platz. Nur: Zarnajew ist US-Bürger, und vor einem Militärgericht können nach aktueller Rechtslage nur Ausländer landen. Wollte ihn das Militär auf unbestimmte Zeit festhalten, ohne dass Anklage erhoben wird, müssten ihm Verbindungen zu erklärten Feinden der USA, zur Al Kaida oder zu den Taliban, nachgewiesen werden.

Dschochar als Kämpfer einzustufen, warnt der demokratische Senator Carl Levin, verstosse nicht nur gegen Paragrafen, «es könnte auch unser Bemühen gefährden, ihn für seine Verbrechen zur Verantwortung zu ziehen». Zivilgerichte, das habe die Bilanz des Gefangenenlagers Guantánamo auf ernüchternde Weise gezeigt, eigneten sich für solche Prozesse sehr viel besser als ein Militärtribunal.

Kolumne



Jan Hudec
Redaktor SN

Welcome to Kabul

Ich sehe unter mir die zerklüftete Berglandschaft Afghanistans, während sich das Flugzeug Richtung Kabul senkt. Eine unwirtliche Gegend liegt da unter mir, nur entlang der Flussläufe grünt es. Langsam sind erste Häuser erkennbar, alle umgeben von Mauern. Der Flieger befindet sich nun nur noch knapp über Boden, das Flughafengelände erscheint, und wir setzen auf. Die Landebahn ist gesäumt von Dutzenden Militärhubschraubern und Transportern. Zivile Flugzeuge zähle ich gerade einmal sieben Stück. Auch im Flughafengebäude ist das Militär präsent. Sicherheitsleute stehen an jeder Ecke und beargwöhnen die Passanten mit zusammengekniffenen Augen. Ich passiere drei Checkpoints, bevor ich nach draussen komme, wo ein Mann der Shuhada, jener Hilfsorganisation, mit der Vreni Frauenfelder von der Afghanistanhilfe zusammenarbeitet, bereits auf mich wartet. Er ist klein gewachsen, bärtig, mit weichen Gesichtszügen und einem Schild, auf dem steht: Jan Hudec. Damit bin ich gemeint. Wir schütteln uns die Hand, er stellt sich mit sanfter Stimme vor. Ahmed heisst er, «welcome to Kabul».

Ahmed fährt mich auf ein Amt, wo ich mich registrieren lassen muss – ein bürokratischer Spiessrutenlauf –,

bevor wir in die Zentrale der Shuhada gehen. Der Verkehr hier ist unvorstellbar dicht. Die Strassen sind zwar breit, aber Spuren gibt es keine, und so fährt jeder gerade so, wie es ihm gefällt. Velos kommen uns entgegen, ein mit Teppichen völlig überladener Kleinlastwagen schlängelt sich durch die Blechlawine, und am Strassenrand stehen alle paar Hundert Meter schwer bewaffnete Soldaten oder Polizisten.

In der Zentrale der Shuhada angekommen lerne ich Jawad Wafa kennen, der fließend englisch spricht. Beim Mittagessen frage ich ihn, wie er die Sicherheitslage einschätzt. Die Sicherheit sei einiges besser, sagt er zuversichtlich. «In Westkabul hat es dieses Jahr erst ein oder zwei Selbstmordattentate gegeben. Viel weniger noch als im letzten Jahr.» Und im Osten Kabuls? «Dort kommen Anschläge häufiger vor.» Schliesslich seien dort wichtige Politiker und hohe Beamte zu Hause. Dass sich alles zum Schlechten wendet, wenn 2014 die Amerikaner abziehen, glaubt er nicht. «Wir haben heute neun Millionen Kinder, die zur Schule gehen. Ein beachtlicher Teil davon sind Mädchen.» Sie alle würden von ihren Familien unterstützt, «und sie werden sich diese Möglichkeiten, die sie heute haben, nicht mehr von den Taliban nehmen lassen».

SN-Redaktor Jan Hudec ist auf Einladung der Afghanistanhilfe Schaffhausen in der Nacht auf Montag nach Afghanistan gereist, um über verschiedene Hilfsprojekte und das Leben der Menschen in diesem vom jahrzehntelangen Krieg verheerten Land zu berichten. In den nächsten Tagen wird er in den SN tagebuchartig seine Eindrücke aus Afghanistan schildern. Bebilderte Reportagen werden ab kommenden Woche folgen.

EU verspricht Serbien Beitritt, aber Kosovo-Vereinbarung spaltet

Serbien bekommt ein Datum für die EU-Beitrittsverhandlungen. Aber die mühsam erungene Vereinbarung mit Kosovo spaltet das Land.

VON **RUDOLF GRUBER**

WIEN Bezeichnend für die Stimmung ist eine Begegnung zwischen dem sozialistischen Premier Ivica Dacic und Protestlern am Rande des Belgrader Marathons letzten Sonntag. «Haben Sie nach der Unterzeichnung gut geschlafen?» fragte ein Mann den Regierungschef sifflant, während ringsherum aufgebraute Leute «Verrat! Verrat!» riefen. Dacic parierte ausweichend, aber schlagfertig: «Warum glauben Sie, dass Sie Serbien mehr lieben als ich?»

Serbien ist über das vorläufige Abkommen mit seiner einstigen Albanerprovinz Kosovo, das letzten Freitag nach zehn Verhandlungsrunden unter Vermittlung der EU erzielt worden war, tief gespalten. War das der Durchbruch zu Normalisierung und Stabilität auf dem Balkan, wie die Regierungen in Belgrad und der Kosovo-Hauptstadt Prishtina sowie die EU-Kommission in Brüssel glauben machen wollen? Oder ist das der Beginn einer neuen Phase von gewaltsamen Konflikten, wie die extremnationalistische Opposition befürchten lässt?

Die EU-Kommission hofft, mit konkreten Aussichten auf Beitrittsverhandlungen die Wogen glätten zu kön-

nen: Beim nächsten Gipfel Ende Juli soll Serbien ein konkretes Datum dafür bekommen. Mit der Unterzeichnung der Brüsseler Vereinbarung habe die Belgrader Regierung «sehr bedeutende Schritte und eine nachhaltige Verbesserung in den Beziehungen zu Kosovo unternommen», heisst es im jüngsten Lagebericht. Zugleich wird auch das Kosovo einen Termin für die Verhandlungen über den Assoziierungsvertrag erhalten.

Alle für den Deal

Doch die Lage vor Ort rechtfertigt den Brüsseler Optimismus noch nicht. In Serbien haben zwar mittlerweile die beiden Regierungsparteien, die gemässigte nationalistische Fortschrittspartei SNS und die sozialistische SPS sowie Präsident Tomislav Nikolic grünes Licht für die Umsetzung der Brüsseler Vereinbarung gegeben. Auch das Belgrader Parlament, das gestern Abend zusammentrat, sollte zustimmen. Das Kosovo-Parlament hat bereits in der Nacht auf Montag mit grosser Mehrheit für den Deal mit Serbien gestimmt.

Premier Dacic und Präsident Nikolic haben Mühe, der serbischen Öffentlichkeit ihre Sicht zu vermitteln: «Die Vereinbarung war die einzig mögliche Lösung, den Schutz und die Rechte der serbischen Bevölkerung im Kosovo zu garantieren», sagen beide. Doch zugleich nähren sie selbst das Misstrauen mit Geheimnistueri: Der konkrete Inhalt der Brüsseler Vereinbarung ist noch immer nicht veröffentlicht. Die ultranationalistische Radikalenpartei

Journal

EU kommt Gegnern von Präsident Assad entgegen

LUXEMBURG Die EU lockert ihr Öl embargo gegen Syrien, um die Gegner von Präsident Assad zu unterstützen. Den Beschluss fassten die EU-Aussenminister gestern in Luxemburg. Die Lockerung der Sanktionen ist zunächst bis zum 1. Juni befristet. Demnach ist der Export von Öl aus den von der Opposition kontrollierten Gebieten ebenso wieder erlaubt wie die Lieferung von Ausrüstung für die Ölunternehmen vor Ort. Die Lockerung werde den wirtschaftlichen Wiederaufbau fördern, sagte der deutsche Aussenminister Westerwelle. «Und das ist sicherlich auch eine Stärkung der demokratischen Opposition.»

Millionär Cartes gewinnt Präsidentenwahl in Paraguay

ASUNCIÓN In Paraguay ist der konservative Unternehmer Horacio Cartes zum Nachfolger des abgesetzten Staatsschefs Fernando Lugo gewählt worden. Das Wahlgericht erklärte gestern Abend den Kandidaten der Colorado-Partei zum Gewinner der Wahlen. Sein schärfster Kontrahent Efraín Alegre von der Radikal-Liberalen Partei erkannte auf einer Pressekonferenz in Asunción seine Niederlage an. Nach Auszählung von 92 Prozent der Urnen führte Cartes nach Angaben der Wahlbehörden mit 45,9 Prozent der Stimmen.

Lafontaine will nicht mehr in den deutschen Bundestag

SAARBRÜCKEN Der frühere Parteichef der deutschen Linkspartei, Oskar Lafontaine, tritt nicht zur Bundestagswahl an. Er werde sich bei der Wahl am 22. September nicht um ein Mandat bewerben, sagte Lafontaine gestern in Saarbrücken. Vor allem die West-Landesverbände hatten den 69-Jährigen gedrängt, erneut zu kandidieren. Zuletzt war er 2009 in den Bundestag eingezogen, hatte sich aber nach einer Krebserkrankung zurückgezogen.

SRS, deren Anführer Vojislav Seselj vor dem Uno-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag angeklagt ist, sowie die ebenfalls nationalistische Demokratische Partei für Serbien (DSS) des Ex-Premiers Vojislav Kostunica werfen der Regierung vor, mit der Paraphierung der Brüsseler Vereinbarung das Kosovo als Staat anerkannt zu haben. Beide Parteien wollen die Strasse mobilisieren und fordern eine Volksabstimmung, um den Deal zu Fall zu bringen.

Unter dem Druck der Opposition mochte gestern Vizepremier Aleksandar Vucic, Chef der dominierenden Regierungspartei SNS, ein Referendum nicht ausschliessen. Er räumte offen ein, dass ein Nein nicht nur die Vereinbarung kippen, sondern auch das Ende der Koalition bedeuten würde. Vucic erhält seit Wochen Morddrohungen, weil er als heimlicher Regisseur des Brüsseler Durchbruchs gilt.

Demonstration in Belgrad

Von der Belgrader Regierung verateten fühlen sich die rund 100 000 Kosovoserben, von denen rund die Hälfte im Norden des Albanerstaates leben und die weiterhin zur Republik Serbien gehören wollen. Rund 10 000 Menschen protestierten gestern in der geteilten Stadt Mitrovica. Die Bürgermeister der vier Nordgemeinden fordern ebenfalls ein Referendum. Marko Jaksic, einer ihrer mächtigsten Anführer, sagte über die Brüsseler Vereinbarung: «Das ist die schlimmste Kapitulation und der schwerste Verrat, den Serbien je erlebt hat.»